Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 436 — Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 vor Haus. Durch die Post bezogen zurzeitlich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 23. September

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Eine Mahnung an den Völkerbund

Die unteilbare oberschlesische Industrie

Ein Sachverständigenbericht

Rechtzeitig, bevor sich der Sachverständigenausschuß des Völkerbundrates nach Oberschlesien begibt, hat das Amsterdamer Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Bericht über die im Juni des Jahres unternommene Studienreise seiner Vorstandsmitglieder, des Franzosen Jouhaux und des Holländers Fimmen, veröffentlicht.

Dieser Bericht, der in einer Broschüre im Umfange von 25 Seiten zusammengefaßt ist, soll die Antwort auf die Frage darstellen, welche Einwirkungen von der einen oder anderen Lösung des oberschlesischen Problems auf die Entwicklung, die industrielle Tätigkeit und das Los der Arbeiterklasse zu erwarten sind. Es sollte ferner versucht werden, zu erfahren, in welchem Ausmaße eine eventuelle Teilung des oberschlesischen Gebietes auf die allgemeine Wirtschaft Deutschlands zurückwirken, namentlich inwiefern sie seine Fähigkeit, den Wiedergutmachungsverpflichtungen aus dem Friedensvertrage nachzukommen, beeinflussen würde.

Zuerst wird in einem Abschnitt „die Ergebnisse der Volksabstimmung" dargestellt, daß man nur auf Grund ungenügender Kenntnisse der oberschlesischen Verhältnisse überhaupt seinerzeit in Versailles dazu habe übergehen können, eine Volksabstimmung für die Zuteilung des Gebietes vorzuschreiben. „Man war offenbar von der Meinung ausgegangen, daß die oberschlesischen Distrikte homogene nationale Mehrheiten darstellen und die polnische Bevölkerung von Rybnik bis Südwest wahrscheinlich stetig zunimmt, so daß höchstwahrscheinlich die Polen zunächst liegenden südpolnischen Anteile eine polnische Mehrheit liefern würden." Diese Anschauung, die eine Teilung Oberschlesiens in dem Sinne ermöglicht hätte, daß die ländlichen Kreise an Deutschland, das Industriegebiet mit Pleß und Rybnik an Polen fallen könnten, sei durch das Abstimmungsergebnis endgültig widerlegt worden. Auf Grund einer Analyse der Kreisabstimmungsergebnisse stellt der Bericht fest, daß in den Kreisen Beuthen Stadt und Land, Gleiwitz, Hindenburg Stadt und Königshütte sich eine klare Mehrheit der deutschen Stimmen von 55 v. H. gegenüber 45 v. H. der polnischen Stimmen ergebe.

In einem weiteren Abschnitt, die „Einheit des Wirtschaftsgebietes" wird ausgeführt:

Eine Erwägung drängt sich vor allem auf, die von um so größerem Gewichte ist, als sie von beiden Seiten anerkannt wird, sie geht davon aus, daß das in Frage kommende Gebiet, und zwar nicht nur das verhältnismäßig kleine eigentliche Industriegebiet, in dem die Fabriken konzentriert sind, sondern auch die Nachbarregionen mit ihren Rohstoffquellen eine Einheit bilden. Noch andere Faktoren bestimmen die wirtschaftliche Einheit: die Verkehrsmittel. Von Wichtigkeit ist auch die Wasserversorgung. Das Industriegebiet hat nicht genügend Wasser für Hausgebrauch und Industrie, und es ist mit seiner Wasserversorgung auf ein Zentralbecken angewiesen. Schließlich kommt auch die Erzeugung der elektrischen Kraft in Betracht. Sie wird von zwei Stationen der oberschlesischen Elektrizitätswerke in Chorzow und Zaborze, die in den äußersten Enden des Gebietes gelegen sind, besorgt. In weiteren Abschnitten stellt der Bericht dann die Anschauungen der deutschen und der polnischen Gewerkschaftsvertreter über die Folgen einer Zuweisung des Industriegebietes an Deutschland oder an Polen zusammen. Obwohl die Kommission zweifellos ernstlich bemüht war, kein Werturteil zu fällen, geht aus dem Bericht doch hervor, daß sie die sachlichen Gründe, die für ein Verbleiben der ungeteilten oberschlesischen Industrie im deutschen Wirtschaftskörper sprechen, ungleich stärker überzeugt haben, als die vorwiegend politischen Argumente der Polen. Immer wieder betont die Kommission, daß man bei der Beurteilung des oberschlesischen Problems die — hauptsächlich von polnischer Seite vorgebrachten — „historischen und politischen Argumente" außer acht lassen müsse.

In einem Abschnitt „Schlußfolgerungen" faßt die Kommission noch einmal ihren Eindruck dahin zusammen, daß das oberschlesische Industriegebiet in weiterem Umfange eine unteilbare Einheit ist, die nicht einfach im Wege der Zerreißung oder der Annektion einem anderen Staate ohne Berücksichtigung der eigenartigen Struktur des Gebietes überlassen werden könne. Nach Ansicht der Gewerkschaftsführer müßten die Staatsmänner der Entente eine Form finden, die das Gebiet in dem Zusammenhang belässt, in den es nach seiner Entwicklungsgeschichte hineingehöre. Seine Bedeutung für das wirtschaftliche Leben Deutschlands und Polens erfordere aber, eine solche Form zu finden, die es verhindere, daß das Gebiet nur für das eine Land als Versorgungsquelle in Betracht komme. Ferner sei es notwendig, einen ausreichenden Minoritätenschutz zu schaffen. Der Bericht klingt in der Warnung aus, lieber im äußersten Notfalle für Oberschlesien eine autonome Verwaltung unter dem Völkerbunde zu errichten, als das unteilbare Gebiet widersinnig zu teilen, wodurch nur neue Reibungsflächen zwischen Deutschland und Polen geschaffen würden.

Die Oppauer Explosionskatastrophe

Bisher 244 Tote, 70 Vermißte

Mannheim, 22. September.

Die Bergungsarbeiten an der Unglücksstelle in Oppau wurden heute mit aller Kraft fortgesetzt. Es werden immer noch Tote geborgen. Von der Direktion der Badischen Anilinfabrik wird mitgeteilt:

„Nach den uns bis gestern abend zugegangenen Nachrichten sind bis jetzt insgesamt 244 Tote zu beklagen. Mit einer weiteren Vermehrung der Zahl der tödlich Verunglückten ist zu rechnen, zumal ungefähr 70 Leute noch vermißt werden. Die Mitteilung, daß die ganze Fabrik in Oppau zerstört ist, ist unrichtig. Wir hoffen die Herstellung von Ammoniakwasser schon in einigen Monaten wieder aufnehmen zu können. In dem Ludwigshafener Werk laufen die Betriebe ungestört weiter."

Ferner teilt die Direktion mit, daß sie auch weiterhin der Oeffentlichkeit Nachricht geben will, sobald über die Entstehung der Explosion weitere Einzelheiten festgestellt sind, was bei der Art und dem Umfange der Katastrophe naturgemäß Zeit in Anspruch nehmen wird.

Allgemein sind jetzt die Hilfsaktionen zur Unterbringung der nach mehreren Tausenden zählenden Obdachlosen in Angriff genommen.

Es sind im Laufe des gestrigen Tages Expeditionen von weiterem Hilfspersonal von außerhalb eingetroffen. Alle badischen Nachbarstädte haben viele Wagen mit Medikamenten nach Ludwigshafen gesandt. Seit gestern abend sind die Unglücksstätten in weitem Umkreis von französischen Kolonialsoldaten abgesperrt. Die Bevölkerung Oppaus — etwa 7000 Einwohner — ist am schlimmsten daran. Die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß nicht weniger als 75 Prozent aller Häuser in Oppau derart beschädigt sind, daß sie vollständig niedergelegt werden müssen. Kaum 25 Prozent der Häuser sind demnach wieder aufbaufähig. Die Obdachlosen müssen vorläufig noch im Freien bleiben, teils in Ludwigshafen in den öffentlichen Gebäuden untergebracht werden. Der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Weiß, erklärte, eine Hilfsaktion großen Stils sei bereits im Gange, und zwar in erster Linie für die Obdachlosen. Des weiteren konnte man aus der Erklärung Dr. Weiß' schließen, daß die Stadt Ludwigshafen sich unverzüglich mit den verschiedensten Materialfabriken zwecks Beschaffung der Aufbaumaterialien und zwecks Vorbeugung von Wucher in diesen Materialien und Geräten in Verbindung gesetzt hat. Des weiteren ist für die heutige und die nächsten Nächte die völlige Beleuchtung der Stadt Ludwigshafen und die Vermehrung der Nachtpatrouillen angeordnet worden. Der Stadtrat von Ludwigshafen ist heute zusammengetreten, um über die weiteren Maßnahmen zur Linderung der Not der Hinterbliebenen und Verwundeten und der vielen Obdachlosen zu beraten. Die Pfälzer Zeitungen bringen bereits Aufrufe zur Sammlung von Spenden für ihre heimgesuchten Landsleute.

Die preußische Regierung stellte der bayerischen Regierung zur Linderung der Notlage in Oppau eine Million Mark zur Verfügung.

Der Umfang der Zerstörung

Ludwigshafen, 22. September.

Infolge der außerordentlich schwierigen Aufräumungsarbeit auf dem Gebiet der Explosionskatastrophe ist es bislang noch nicht gelungen, die genaue Zahl der Toten und Verwundeten festzustellen. Von der Größe der Katastrophe kann man sich ungefähr einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß außer den 4000 Tonnen Ammoniaksulfat-Salpeter auch 9 große Gasometer in die Luft geflogen sind, die sich auf dem Fabrikgrundstück befanden. Der eine dieser Gasometer enthielt nicht weniger als 50 000 Kubikmeter Gas. In der Umgebung der Unglücksstelle herrscht noch immer größte Aufregung. Fortgesetzt werden Verwundete aus den Trümmern geborgen.

Oppau, das etwa 6500 Einwohner zählt, bietet ein Bild schrecklicher Verwüstung. Die Grabsteine wurden aus dem Friedhof herausgeschleudert und auch die Leichenhalle ist zerstört. Gendarmerie aus der Pfalz und französische Besatzungstruppen und Polizei sperrten die Unglücksstelle ab. In Mannheim sind große Schaufenster in Trümmer gegangen und wertvolle Waren vernichtet worden. Die Frühgottesdienste der katholischen Kirchen mußten zum Teil ausfallen, da auch die Kirchen beschädigt worden sind. Ein ununterbrochener Zug von Lastwagen zur Aufnahme der Verwundeten geht über die Rheinbrücke. Ueberall liegen noch gräßlich zugerichtete Leichenteile, zerstümmelte Köpfe und Gliedmaßen.

Neuwahlen in England?

London, 22. September.

Die Blätter bringen aus offizieller Quelle eine Erklärung, in der ausgeführt wird, daß sich die innere Situation so verschärft habe, daß eventuell mit Neuwahlen zu rechnen sei, um die Stellung des Kabinetts zu verstärken. An irgendeinen Wechsel im Kabinett selbst wird nicht gedacht. Gegenwärtig wird, dem „Daily Telegraph" zufolge, von verschiedenen Ministern eine Reihe bedeutender Reden vorbereitet, die in allen Einzelheiten die auswärtige und innere Politik der englischen Regierung darlegen sollen. Es handelt sich dabei noch nicht um den Beginn einer Wahlkampagne, aber die Regierung hegt den Wunsch, zu den Wählern in unmittelbare Beziehungen zu treten.

v. Kahr

Nachdem mit der Wahl des Grafen Lerchenfeld zum bayerischen Ministerpräsidenten die Tätigkeit des Herrn v. Kahr an der Spitze des bayerischen Staates nunmehr vorläufig abgeschlossen vor uns liegt, dürfte es lohnend sein, diese wichtige Epoche in der Entwicklung Bayerns und auch des Reiches im Zusammenhange zu betrachten.

Herr v. Kahr ist bis zum März 1920 Regierungspräsident von Oberbayern gewesen. Als infolge des Generalstreiks nach dem Kapp-Putsch das sozialistische Ministerium Hoffmann zurücktrat, wurde Herr v. Kahr von der Zentrumspartei, die sich nach den Reichstagswahlen 1920 unter dem Namen Bayrische Volkspartei offiziell vom Zentrum loslöste, an die Spitze der bayrischen Regierung berufen und mit der Bildung des Ministeriums betraut. Es gelang ihm, ein Kabinett von den Deutschnationalen (Bayrische Mittelpartei) bis einschließlich zu den Demokraten zustande zu bringen, das ohne die Sozialdemokratie, und oft in schroffem Gegensatz zu ihr die Geschicke des Bayernlandes bestimmte. Bei seinem Regierungsantritt fand Herr v. Kahr auf der einen Seite einen starken Zug nach rechts vor, und auf der andern Seite machte sich noch immer eine skrupellose kommunistische Agitation geltend, die ohne staatlichen Widerstand Zustände wie in Mitteldeutschland herbeigeführt haben würden. Beide Tendenzen waren die Folgeerscheinungen der jüdischen Schreckensherrschaft unter Eisner und Levien und hätten ohne staatliches Eingreifen zweifellos die Gefahr eines Bürgerkrieges für ganz Bayern heraufbeschworen. Dem neuen bayrischen Ministerpräsidenten v. Kahr aber gelang es in kurzer Zeit durch ebenso tatkräftiges wie kluges Einschreiten gegen alle zu Gewalttätigkeiten neigenden Elemente, diese Gefahr zu bannen und der bayrischen Bevölkerung rasch und sicher geordnete und gesetzliche Zustände wiederzubringen. Indem es Herr v. Kahr erreichte, Aufruhr und Gewalt von Bayern fernzuhalten und in der Bevölkerung wieder den Sinn für die Heiligkeit des Rechtes zu wecken, hat er sich ein entscheidendes, kaum hoch genug zu wertendes Verdienst um Bayern erworben, damit aber auch weit über die blauweißen Grenzpfähle hinaus staatserhaltend gewirkt und besonders im Reiche mehr für die Stärkung der Staatsautorität getan als alle Reichsministerien seit der Revolution zusammengenommen. Bayern wurde unter seiner Leitung die Keimzelle für den Wiederaufbau des Deutschen Reiches und der Anker, an den sich die Hoffnungen und Wünsche aller wahren Patrioten knüpften. Was Herr v. Kahr für das Bayernland bedeutete, das hatte zunächst auch die Mehrzahl der bayrischen Sozialdemokratie erkannt, die sich durchaus nicht in Oppositionsstellung zu seinem Kabinett befand, wohl aber wiederholt in schroffem Gegensatz zu der Sozialdemokratie im Reiche gestanden hatte. Denn auch die Mehrheitssozialisten hatten unter dem jüdischen Terror Levieens und Tollers zu leiden, und sie wußten nachher sehr wohl die wiederkehrende Ruhe und Sicherheit unter Kahr zu schätzen, dessen staatsmännische Eigenschaften und strengen Gerechtigkeitssinn sie auch auf anderen Gebieten anerkannten. Von Bedeutung ist auch, daß der Bayernstaat unter der Regierung Kahr keinen einzigen ernsten Streik gehabt hat, wodurch die Bevölkerung wieder die Wohltat ruhigen Vorwärtsschreitens im Wirtschaftsleben kennen und schätzen lernte.

Wenn man diese gesicherten und hoffnungsvollen Zustände im Bayernlande betrachtet, dann wird von gegnerischer Seite nur zu häufig eingeworfen, daß Herr v. Kahr eben mit dem Ausnahmezustand regiert habe. Darauf wäre zunächst zu entgegnen, daß in andern Gegenden Deutschlands ebenfalls mit dem Ausnahmezustand regiert worden ist, ohne daß man aber diese Zustände mit denen in Bayern in Vergleich stellen könnte. Sodann aber sind in Bayern mit dem Ausnahmezustand immer nur bedenkliche Straßendemonstrationen unterdrückt und nur Druckschriften und Agitatoren, die den gewaltsamen Umsturz predigten, an der Ausübung dieses Handwerks gehindert worden.

Niemals aber ist eine Versammlung im geschlossenen Raum verboten oder eine Zeitung unterdrückt worden, in denen in verfassungsmäßiger Weise politische Probleme erörtert wurden, mochten Redner und Redakteur auch in noch so schroffem Gegensatz zur Politik der Regierung stehen und diese angreifen. Niemals ist auch der Ausnahmezustand in Bayern dazu mißbraucht worden, unter dem Vorwande der „Verächtlichmachung" der Republik und ihrer Organe die bayrische Regierung und deren Mitglieder vor Angriffen der Presse zu schützen. Niemals haben unter der Regierung Kahr in Bayern Zustände bestanden wie gegenwärtig im Reiche, wo durch die Verordnung Eberts vom 29. August zwei verschieden behandelte Klassen von Staatsbürgern geschaffen wurden, von denen die Monarchisten in geringerem Maße gesetzlichen Schutz genießen als die Republikaner. In Bayern war mit dem Ausnahmezustand der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109231-15/fragment/page=0001

ungestörte Genuß der staatsbürgerlichen Freiheiten weit sicherer gewährleistet als im Reich ohne den Ausnahmezustand.

In die Geschlossenheit des bayrischen Volkes bezüglich seiner Stellung zum Ministerium Kahr kam der erste Riß durch die Agitation gegen die Einwohnerwehren. Wir wissen heute, daß Frankreich seine Forderung nach Auflösung der Einwohnerwehren ebensowenig durchgesetzt hätte wie diejenige nach Auslieferung der sogenannten „Kriegsverbrecher", wenn die Sozialdemokratie dem deutschen Volke nicht wieder in den Rücken gefallen wäre. Damals begann jene volksvergiftende sozialistische Hetze von Berlin aus gegen Herrn v. Kahr, die schließlich die bayrischen Mehrheitssozialisten in scharfe Gegnerschaft zu der bayrischen Regierung brachte. Gleichzeitig mit der sozialistischen Hetze setzte auch die Wühlarbeit der Demokraten vom Schlage des „Berliner Tageblatts" ein, die wohl erreichte, daß die bayrischen Demokraten hin und wieder in Einzelfragen eine von der Politik Kahrs abweichende Meinung zum Ausdruck brachten, die aber nicht durchzusetzen vermochte, daß die demokratischen Mitglieder des Ministeriums Kahr aus diesem ausstraten. Zum Sturze Kahrs führten erst die Intrigen der Zentrumspartei, die nach der Ermordung Erzbergers beim bayrischen Zentrum, der Bayrischen Volkspartei, von Erfolg waren. Dem vereinten Berliner Druck von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum ist es dann gelungen, die Bayrische Volkspartei, die Herrn v. Kahr einst an die Spitze des Kabinetts berufen hatte, in ihrer Stellung zu dem Ministerpräsidenten wankend zu machen. Herr v. Kahr hatte diese Veränderung längst empfunden, und man sagt, daß er seinen bekannten Zusatzantrag zu den bayrischen Gegenvorschlägen auch deshalb gestellt hatte, um die Bayrische Volkspartei zu zwingen, sich eindeutig für oder gegen ihn zu entscheiden. Als Mann von Charakter war ihm verstecktes Mißtrauen und halbe Offenheit unerträglich. Seine Natur drängte nach klaren Verhältnissen.

Was den aus dem Beamtenstande hervorgegangenen Ministerpräsidenten, der niemals einem Parlamente angehört hatte, der Bayrischen Volkspartei einst nahe brachte, das war einmal deren Streben nach Erhaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, insbesondere Bayerns. Kahrs Politik war vor allem bestimmt durch sein Bekenntnis zum Föderalismus im Bismarckschen Sinne. Herr v. Kahr war wohl ausgeprägter Föderalist, aber nicht Partikularist, wie die Mehrzahl des bayrischen Zentrums, woraus sich auch sein treues Festhalten am Reiche erklärt. Zum andern aber haben ihn, den gläubigen Protestanten, die religiösen Grundsätze der Bayrischen Volkspartei dieser nahe gebracht. In der Erhaltung der christlichen Schule, in der Erhaltung des Einflusses der Religion auf Schule und öffentliches Leben, erblickte Herr v. Kahr die Hauptforderungen der Zukunft, die uns allein die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes bringen können. Im übrigen aber schieden sich seine Auffassungen sehr häufig von denen der Bayrischen Volkspartei, und er würde sich zweifellos den bayrischen Deutschnationalen angeschlossen haben, wenn diese Partei damals in Bayern schon nennenswert vertreten gewesen wäre, wie sich denn ja auch nachher gezeigt hat, daß die Bayrische Mittelpartei die treueste Stütze seiner Politik gewesen ist. Im allgemeinen aber kann man sagen, daß sich Herr v. Kahr überhaupt nicht in den Rahmen einer Partei einspannen läßt. Zum Parteipolitiker ist seine Natur zu vielseitig und ursprünglich, aber auch zu selbständig. Er besitzt ganz bestimmte ausgeprägte staatspolitische Grundsätze und gibt sich nach ihnen selbst die Richtlinien seines Handelns, dabei den Parteien überlassend, ob sie ihm folgen oder Kampf ansagen wollen. In seinem Verhältnis zur Bayrischen Volkspartei ist das oft in die Erscheinung getreten. Aber auch in den Sitzungen des Koalitionsausschusses des Landtages hat sich oft die Wirkung seiner starken Persönlichkeit geltend gemacht, die, wie alle ausgeprägten Persönlichkeiten, ihrer Umgebung, ihren Mitarbeitern und vor allem ihrer politischen Gefolgschaft nicht immer bequem war, die aber immer in allen Lagen, oft gegen Widerstand, zu festen Entschlüssen drängte, Unentschlossene mit sich fortriß und Kleinmut nicht aufkommen ließ. Herr v. Kahr ist eben im tiefsten Grunde eine Bismarck-Natur — ganz gewiß kein Bismarck, mit dem sich in Parallele zu stellen er wohl am entschiedensten selbst ablehnen würde, wohl aber ein Staatsmann — und ein Charakter, ein Mann, wie ihn unsere heutige zerfahrene Zeit braucht! Und sein Scheiden aus dem politischen Leben ist ein Verlust für ganz Deutschland.

Herr v. Kahr hat einundeinhalbes Jahr an der Spitze der bayrischen Regierung gestanden, länger als sonst irgend ein Ministerpräsident im Reiche oder in einem Einzelstaate seit der Revolution. Während dieser Zeit hat er sich nicht nur starke Sympathien in Bayern und im Reiche erworben, sondern hat auch eine Volkstümlichkeit im deutschen Volke erlangt, wie sie außer ihm wohl nur noch der greise Generalfeldmarschall v. Hindenburg besitzt. Bei dem scharfen Widerstreit der politischen Meinungen konnte es nicht fehlen, daß er oft scharf angegriffen wurde, daß er aber immer eine starke und feste Politik trieb, die mit Energie auf das losjteuerte, was sie sich als Ziel gesetzt hatte, die in schwerer Zeit das Land an mancher Klippe mit sicherer Hand vorbeisteuerte und im Volke feste Wurzeln geschlagen hatte: Das werden ihm auch seine sachlichen Gegner nicht abbrechen wollen.

Helmut Böttcher.

„Genugtuung" für Argentinien

Kiel, 22. September.

In Erfüllung des der argentinischen Regierung gegebenen Versprechens fand heute mittag auf dem im hiesigen Hafen liegenden Linienschiff Hannover die feierliche Hissung der argentinischen Flagge statt. Der Akt, dem eine argentinische Abordnung unter Führung des argentinischen Gesandten in Berlin, Molina, und eine deutsche Kommission unter Führung des Ministerialdirektors Simson, des Vertreters der deutschen Reichsregierung, beiwohnten, war gedacht als nachträgliche ritterliche Genugtuung für zwei während des Krieges durch deutsche U-Boote versenkte argentinische Dampfer. Nachdem die argentinische Abordnung mit dem üblichen Zeremoniell auf dem Linienschiff empfangen worden war, hielt der Vertreter des Auswärtigen Amtes an den argentinischen Gesandten eine Ansprache.

Hierauf erwiderte der argentinische Gesandte. Darauf wurde in feierlicher Weise die argentinische Flagge am Großtopp gehißt. Nach Abschreiten der Ehrenwache vereinigten sich die Herren der argentinischen und deutschen Abordnung zu einem Frühstück an Bord. Um 1 Uhr 45 Min. verließ der argentinische Gesandte mit seiner Begleitung das Linienschiff. Währenddessen erfolgte ein Salut von 16 Schüssen, zugleich wurde die Flagge Vortopp gehißt.

Die Linksradikalen im Reichstage

Der rote Sumpf wird durch folgende Verhöhnung der Kommunisten, die wir in der unabhängigen „Freiheit" finden, grell beleuchtet:

„Die Vereinigte Kommunistische Partei zählte nach der Spaltung in Halle eine Reichstagsfraktion von 26 Mitgliedern. Während der Sommerferien hatten die Moskauer Zeit zum Spalten. Die Wirkung wird sich beim Wiederzusammentritt des Reichstages zeigen. Vorläufig kehren die „Vereinigten" in 6 Teilen zurück.

1. Die Moskauer: Remmele, Stoecker, Höllein, Koenen. (Die letzten drei sind bereits bei der großen Säge angekommen.)
2. Die Leviten: Levi, Malzahn.
3. Die Ausgeworfenen: Reich, Dümell, Geyer jr.
4. Die Ausgetretenen: H. Teuber, Marie Wachwitz.
5. Die Untergedückten: Zetkin, Hoffmann, Plettner, Ekardt, Braß, Bartz, Heydemann.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geyer sen., Bethele, Eichhorn, Däumig, Thomas, Fries, Fröhlich."

Die „Freiheit" bemerkt dazu ironisch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Auch in Görlitz, auf dem Parteitag der Mehrheitssozialisten, ist der gleiche Ruf erklungen. Franzosen, Engländer, Italiener denken gar nicht an solche Vereinigung; diese Proletarier sinnen nur darauf, wie die deutsche Kuh am besten auszunutzen ist. In Paris, London und Rom findet der Ruf von Görlitz und Berlin ein ironisches Echo. Das deutsche Volk aber verblutet unter dem roten Terror, der seine Knute unter Hochrufen auf das französische Proletariat niedersausen läßt.

Blockadefragen

Genf, 22. September.

Die dritte Kommission des Völkerbundes nahm gestern nach längerer Beratung über den Text des Artikels 16 betreffend die Blockade folgenden abgeänderten Artikel 16 an:

Wenn ein Mitglied des Völkerbundes entgegen den in Artikel 12, 13 und 15 des Paktes eingegangenen Verpflichtungen den Krieg erklärt, wird es ipso facto schuldig erachtet, eine kriegerische Aktion gegen alle übrigen Mitglieder des Völkerbundes begangen zu haben. Diese verpflichten sich, unverzüglich mit ihm alle Handels- und Finanzbeziehungen abzubrechen, alle Beziehungen zwischen ihren Landesbewohnern und denen des vertragsbrüchigen Staates zu unterlassen und die Einstellung aller finanziellen, Handels- oder persönlichen Verbindungen zwischen den Bewohnern des vertragsbrüchigen Staates und denen eines jeden anderen Staates, Mitglied oder Nichtmitglied des Völkerbundes, zu unterlassen. Wenn jedoch der Völkerbund glaubt, daß die Verschiebung dieser Maßnahmen auf eine bestimmte Zeit für einzelne Mitglieder geeignet ist, den durch die Sanktionsmaßnahmen beabsichtigten Zweck besser zu erreichen, oder wenn es nötig sein sollte, um bei diesen Mitgliedern die Verluste und Unzuträglichkeiten, die ihnen erwachsen könnten, auf ein Minimum herabzusetzen, hat der Völkerbund das Recht, eine Verschiebung zu beschließen. Der Völkerbundsrat hat die Pflicht, den verschiedenen interessierten Regierungen die Zahl der Land-, See- und Luftstreitkräfte zu empfehlen, mit der die Mitglieder sich an den Armeen beteiligen sollen, die bestimmt sind, die Respektierung der Verpflichtungen des Völkerbundes zu erzwingen.

Die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten sich außerdem, sich in der Durchführung der gemäß diesem Artikel zur Anwendung kommenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen gegenseitig zu unterstützen und die Verluste und Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergeben können, auf ein Minimum zu beschränken. Sie leisten einander ebenfalls gegenseitige Hilfe in jeder von einem von ihnen gegen den vertragsbrüchigen Staat gerichteten besonderen Maßnahme. Sie treffen die nötigen Maßnahmen, um den Durchtransport durch ihr Gebiet für die Truppen jedes Mitgliedes des Völkerbundes zu erleichtern, daß er einer gemeinsamen Aktion teilnimmt, um eine Respektierung der Verpflichtung gegenüber dem Völkerbund zu erzwingen. Der Rat muß seine Meinung darüber abgeben, ob ein Bruch des Paktes vorliegt oder nicht. Wenn der Rat diese Meinung abgibt, so zählen die Stimmen des eines Bruches des Paktes angeklagten Staates, seien sie Mitglied des Staates gemäß Artikel 4 Anlage 1 des Paktes oder besonders einberufen, bei der Feststellung der Einstimmigkeit nicht mit. Jedes Mitglied, das sich schuldig gemacht hat der Verletzung einer aus dem Pakt sich ergebenden Verpflichtung, kann aus dem Völkerbund ausgeschlossen werden. Die Ausschließung wird ausgesprochen durch Beschluß aller anderen im Rate vertretenen Mitglieder des Völkerbundes.

*

Der „Exzelsior" meldet aus Genf, daß zur allgemeinen Ueberraschung dort ein Vertreter Argentiniens Ferdinand Lodi erschienen sei. Ob Lodi ein offizieller, oder da er Präsident der argentinischen Völkerbundsliga ist, in privater Eigenschaft nach Genf kam, ist unbekannt. Zeitungsvertretern erklärte er, daß Präsident Harding nicht mehr an die Schaffung einer neuen Völkervereinigung denke, weil er sich von der Abrüstungskonferenz großen Erfolg verspreche und man habe im allgemeinen den Eindruck, daß Amerika dem Völkerbund nicht mehr so feindlich gegenüberstehe, wie vor einem Jahr.

Ein Großindustrieller in Neuenahr ermordet

In Bad Neuenahr ist der Direktor der Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigung in Bochum, Emil Sohn, ermordet worden. Allem Anschein nach liegt Raubmord vor. Direktor Sohn weilte in Neuenahr zur Kur. Die Mordstelle liegt etwa 1 Kilometer von dem Hotel entfernt, in dem der Ermordete wohnte. Der Mörder ist allem Anschein nach bei der Beraubung seines Opfers gestört worden. Es fehlt nach den bisherigen Ermittelungen die Brieftasche des Ermordeten mit einem ansehnlichen Geldbetrag.

Direktor Sohn war neben seiner Eigenschaft als Leiter der Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigung auch Geschäftsführer des Stickstoffsyndikats, dem die Ammoniakvereinigung als Gesellschaft angegliedert ist.

Rose Ferron

39] Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.

(Nachdruck verboten.)

Rex zog seine Uhr, „Noch eine halbe Stunde zum Zug", dachte er. Er war erschüttert wie noch nie, er träumte vor sich hin, sprach wenig und sah bleich aus, wie verfallen. „Diese beiden", dachte er, „werden bleiben . . . wenn ich gehe . . . Einer wird dann gehen und mit dem anderen wird sie allein sein . . . Allein mit dir, Rose." Er schaute sie an.

Aber sie sah rasch fort, nur ihre Wangen waren heiß, ihre Augen blitzten; sie war nervös, sprach lebhaft, wie um einen Eindruck zu verwischen.

„Gute Komödiantin", dachte er lächelnd, „alle sind es, alle vergessen leicht. Aber das vergißt sich nicht . . . Niemals . . . Sie macht uns alle toll, berauscht, zu Sündern —" Einer bewachte den anderen. Der Diener machte sich in dem Zimmer zu schaffen, er wurde entlassen. Er ging, mit einem langen Blick nach Rose . . . Sie sah ihn nicht, aber Rex sah es und er dachte: „Kerl, erschießen möchte ich dich für den Blick." Er beneidete den Diener, er blieb bei ihr . . .

Es wurde dunkel, aus der Ecke schimmerte ein Bild. Die straff aufgerichtete Gestalt einer üppigen blonden Frau in weißem Kleid, mit einer Perlenschnur um den schönen Hals, zwei Tauben in der Hand. „Merkwürdige Zusammenstellung, diese Tauben", sagte der Prinz. „Wer war das?"

„Ein weiblicher Vorfahr", sagte Roses Stimme aus irgendeiner dunklen Ecke. „Sie war früh Witwe und besaß drei Rittergüter, die sie uns leider nicht hinterlassen hat."

„Warum denn nicht?", meinte er.

„Sie hat viel geliebt. Es wird ihr viel verziehen werden müssen", antwortete sie. Daraufhin schauten alle Männer zu dem Bild auf.

„Machen Sie doch bitte Licht", bat der Prinz und trat mit seiner brennenden Zigarette vor das Bild.

Während sich die anderen unter dem Bild versammelten, blieb Rose stehen, die Hand aufgestützt, und schaute ins Feuer. Ueber den Rand des tiefen Sessels schimmerte ihr duftiges Haar, vom Licht durchleuchtet wie braune Seide.

„Wer war der Russe", sagte sie wie in Gedanken, „der sagte, daß der Mensch nicht davon lebe, daß er für sich selber sorge, sondern von der Liebe —?"

Niemand wußte es. Und sie fuhr fort, wie für sich selbst, träumend . . .

„Früher wußte ich, daß den Menschen Gott das Leben gegeben hatte, und wußte, daß es sein Wille war, daß sie lebten. Jetzt begreife ich, daß es noch etwas anderes ist, weshalb wir streben, arbeiten, kämpfen und mit uns ringen, um nicht unterzugehen. Es ist mir klar geworden. Den Menschen scheint es, als lebten sie von der Sorge um sich selbst. In Wirklichkeit leben wir alle nur von der Liebe. In wem die Liebe ist, in dem ist auch Gott . . . und der Begriff „Gott" ist nur die Liebe!"

Es war so einfach und absichtslos hingesagt, und doch hätte man darauf allerlei erwidern können, besonders reizte es den Psychologen Rex, aber irgend etwas in ihren Worten zitterte da durch, wie Erfahrung, und wie ein Schmerz, den man immer mit sich trägt.

Und er schwieg und sah nachdenklich auf das rotseidene Taburett, auf dem zwei schlankgefesselte Füßchen standen, an die sich der treue braune Tribouiet ruhend schmiegte wie ein Wächter.

Mit einem Ruck, als schüttle er etwas ab, erhob sich plötzlich Rex.

Er brach auf, der Prinz begleitete ihn. Auch Wilczeck verabschiedete sich. Sie gingen zusammen, denn es war spät geworden.

Als sie fort waren, stand Rose noch lange am Fenster und schaute über die neblige Ebene, die braunen, abgeernteten, leeren Felder und die hellen gelichteten winterlichen Wälder, in denen das Laub und Moos faulte. Durch die Straßen eilten schwarzgekleidete Frauen in langen Schals, welche Blumen und Kränze auf den Kirchhof trugen. Man sah nichts wie diesen brauenden Nebel, der alles verschlang, Stadt und Häuser und Straßen mit den Menschen. Nur in der Ferne schimmerte ein flimmerndes Eiland, wie eine lichtergläänzende Insel auf dem Hügel. — Auf dem Kirchhof feierte man Allerseelen. Man schmückte die Gräber mit kleinen Lichtchen und frischen Blumen. Die Toten feierten ihr Jahresfest und in der Kathedrale läutete dumpf und ernst die mächtigen Glocken im Dreiklang über das Land.

* * *

An der Gartentüre trennten sich die Herren. Der Prinz, dessen Wagen an der Ecke hielt, fuhr nach der Festung zurück, Rex ging zu Fuß nach dem Bahnhof, er hatte es abgelehnt, mitzufahren: „Ich gehe lieber, Durchlaucht."

Wilczeck ging nicht durch das Hauptportal, sondern durch den Park. Es regnete, er merkte es kaum. Die Platanen standen groß und kahl um den Pavillon, hinter dessen Stores mattes Licht schimmerte, ein paar rote Blätter moderten auf dem feinen grauen Kies, der unter seinen Schritten knirschte. Die feuchte laue Luft legte sich ihm wie ein fester Schleier um das Gesicht, der sich immer mehr verdichtete, so daß alles, was er sah, wie aus einer anderen Welt an ihm vorüberzog, wie man in einem Panorama die Bilder durch die runden angelaufenen Gläser schaut. —

Die Parktüre stand offen, sie führte gerade auf den Steinbruch zu. Eine alte Laterne hing dort, sie leuchtete matt. „Gott befohlen!" dachte er, „wer des Nachts hierher gerät, stürzt mit Sicherheit dort hinunter." Man mußte sich dicht an dieser Mauer halten, der schmale Weg war feucht und glatt.

„Weshalb gehe ich eigentlich hier?", dachte er. „In einer Stunde gehe ich zu ihr, dann ist sie allein. Niemand ist bei ihr, und dann wird die Entscheidung fallen. Sie soll mir Antwort geben, klar und offen . . . Ja oder nein . . ." Er taumelte, ging und fühlte die Erde in Bewegung unter sich. „Ich bin wahnsinnig", dachte er, „oder krank . . . oder beides." —

Ein Menschenzug bewegte sich vor ihm in der Ferne, eine Trauergesellschaft, die vom Kirchhof kam. „Merkwürdig", dachte er, „hatte ich nicht von meinem Begräbnis geträumt, damals, an dem Tag, als ich ankam . . . und das Begräbnis des Kameraden durch den Regen zog? Und wir machten am anderen Mittag bei Tisch die Moralisten. Wie gut haben es die Menschen, die nicht leiden. Die schlafen können, die leben wollen, auch ohne die Erfüllung!"

Der Anblick der weiten, verödeten Schlachtfelder erweckte in ihm eine unbestimmte Ahnung, ein unsagbar tragisches Vorgefühl.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109231-15/fragment/page=0002

SPD. und Deutsche Volkspartei

Der sozialdemokratische Parteitag

Görlitz, 22. September.

Der heutige 4. Verhandlungstag begann mit der Fortsetzung der Aussprache über die Referate Hoch und Keil. Frau Zietz-Chemnitz unterstützte den Antrag Loeb-Frankfurt auf Errichtung eines Reichskommissariats für Steuergesetzgebung und verlangte ferner die Zusammenfassung des Schlichtungswesens und des Arbeitergerichtsgesetzes zu einem einheitlichen Gesetz.

Der nächste Redner Pikard-Koblenz sprach sein Bedauern darüber aus, daß die von der preußischen Regierung zu einer Informationsreise ins besetzte Rheinland entsandte Kommission ihre Arbeit im Eilzugstempo allzu oberflächlich erledigt hätte.

Hirdes-Hagen äußerte die Ansicht, daß sich weder mit noch ohne Koalition im Reichstag eine Mehrheit für die Erfassung der Goldwerte finden werde, und verlangte die Herbeiführung eines Volksentscheids über die Erfassung der Sachwerte.

Dann beschäftigte sich Eduard Bernstein in längeren Ausführungen mit den Referaten über die Steuerfrage und den Bericht der Reichstagsfraktion. Die Finanzpolitik des Reiches, so erklärte er, habe zwei große Aufgaben vor sich: die Deckung des ungeheuren Fehlbetrages im Haushalt und die Hebung unserer Währung. Was die Regierung bisher auf diesem Gebiete vorgeschlagen habe, sei absolut unzulänglich gewesen. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

In seinem Schlußwort kündigte Abgeordneter Hoch zunächst folgende Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Reichstag an:

„Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Unglücks von Ludwigshafen sofort Maßnahmen zu treffen, um

1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann;

2. den Geschädigten ohne jeden Verzug aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten?"

Hoch beschäftigte sich dann weiter mit den zahlreichen Anträgen zu seinem Referat. Er wandte sich gegen einen von der Ortsgruppe Halle eingebrachten Antrag, der es als unzulässig bezeichnet, daß bei den heute mehrmals wechselnden Ministern eine so hohe Pension, wie im Fall des Reichskanzlers Fehrenbach gezahlt würde, der nach dreivierteljähriger Tätigkeit im Amt, 45 000 Mark Pension erhalten habe.

Abgeordneter Keil bedauerte in seinem Schlußwort, daß die Debatte über die Steuerfrage sich als so wenig fruchtbar erwiesen habe und verteidigte sodann die von ihm zur Steuerfrage eingebrachte Resolution gegenüber dem Abänderungsantrage Loeb-Frankfurt.

Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie

Zu dem Beschluß von Görlitz bringt die „Nationalliberale Correspondenz" einen Artikel, in dem es heißt:

„Es ist damit zum mindestens theoretisch ein großer Stein aus dem Wege zur politischen Gesundung Deutschlands geräumt worden. Wenn man jedoch innerhalb der Mehrheitssozialisten glaubt, von vornherein bestimmte Bedingungen aufstellen und über die Zusammenarbeit in Reich und Gliedstaaten der Deutschen Volkspartei Vorschriften machen zu sollen, dürfte man sich in einem großen Irrtum befinden. Die Deutsche Volkspartei hat nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie unter Zusammenarbeit nicht die Vorherrschaft oder gar die Diktatur einer einzelnen Partei versteht, sondern daß die Sozialdemokratie sich genau wie jede andere Partei ihrer ziffernmäßigen Stärke entsprechend der Koalition einzufügen hat. Woher hätten wir denn sonst eine Demokratie? . . . Zum bloßen Mitläufer gibt sich die Deutsche Volkspartei nicht her."

Wenn allerdings die „Nationalliberale Correspondenz" glaubt, die Görlitzer Entschließung sei so gefaßt, „daß Parteiführer und Fraktion in der praktischen Ausführung völlig freie Hand hätten", so scheint uns diese Auffassung doch reichlich optimistisch. Die Deutsche Volkspartei braucht sich ja auch u. a. nur das offizielle Referat des Abgeordneten Keil über die Steuerfrage anzusehen, um sich darüber klar zu sein, wie stark die Sozialdemokratie sich für Dinge gebunden hat, die keine Partei von Verantwortlichkeitsgefühl mitmachen kann.

In Pforzheim hat Herr Dr. Stresemann sich am Mittwoch zu der Görlitzer Entschließung geäußert. Er beantwortete die Frage, ob er zu einem Zusammenarbeiten mit der sozialdemokratischen Partei bereit sei, mit einem „glatten Ja" und erklärte: er freue sich über den Görlitzer Beschluß, der den Weg einer Verständigung in Preußen und im Reich eröffne und eine Absage der Mehrheitssozialdemokratie an die Kommunisten und die Unabhängigen bedeute. Mindestens im letzterwähnten Punkt scheint Herr Dr. Stresemann in einem Irrtum befangen zu sein; sowohl die Haltung der unabhängigen Presse wie direkte Verabredungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, nicht nur in Bayern, beweisen, daß von einer Absage der Mehrheitssozialisten an die Unabhängigen nicht gut die Rede sein kann. Herr Dr. Stresemann teilte schließlich noch mit, daß die Reichstagsfraktion der Partei ihm in Heidelberg ihre Unterstützung für die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zugesagt habe. Wie er sich die Lösung der schwebenden Finanzfragen denkt, die ja vielleicht die nächste Schwierigkeit für ein Zusammengehen der beiden Parteien im Reiche bieten, darüber hat Herr Dr. Stresemann sich nach den vorliegenden Berichten in Pforzheim nicht geäußert.

Die Gewaltdrohung gegen Bayern

Die Ausführungen, die der Bürgermeister Treu-Nürnberg am Mittwoch auf dem Görlitzer Parteitag gemacht hat, bedeuten eine Herausforderung aller Anhänger von Verfassung und Recht in Deutschland, die noch die Drohungen des „Vorwärts" übertrifft. Herr Treu hat erklärt, wenn das System Kahr in Bayern beibehalten werde — zu deutsch: wenn die Regierungsmehrheit in Bayern von ihrem verfassungsmäßigen Recht einen durchaus verfassungsmäßigen Gebrauch macht — dann werde in Bayern ein Kampf beginnen, wie man ihn bisher noch nicht erlebt habe." Ueber die Mittel und Wege, wie der Kampf zu führen sei, könne er in Görlitz nicht sprechen. Es ständen verschiedene zur Verfügung, „auch solche, die im politischen Kampf noch nie zur Anwendung gekommen sind." Der Parteiführer Wels antwortete darauf, die Sozialdemokratie bluffe nicht; die Vorbereitungen zum Kampf seien getroffen. Die Maßnahmen, die gemeinsam mit den Unabhängigen verabredet seien, würden „jede reaktionäre Regierung auch für ganz kurze Zeit zur Unmöglichkeit machen".

Ganz gleichgiltig, um was für Maßnahmen es sich handelt, jedenfalls sind diese Aeußerungen offene Ankündigung verfassungswidriger Gewalttaten. Sie bestätigen, daß die Mehrheitssozialisten nach ihrer heutigen Haltung überhaupt keine Verfassungspartei sind, sondern im Bund mit den Unabhängigen die Diktatur des Proletariats betreiben. Und diese Leute haben die Stirn, anderen Parteien, die nur eine völlig gesetzmäßige Propaganda betreiben, Verfassungswidrigkeit vorzuwerfen!

Es geht aber nicht um die politische Moral mit doppeltem Boden, die ja eine alte Spezialität der Sozialdemokratie ist. Es geht um Aufrechterhaltung des inneren Friedens und der verfassungsmäßigen Entwicklung in Deutschland, und wir fragen wiederum:

Wo bleibt der Reichskanzler und was tut der Reichskanzler gegenüber den unerhörten Herausforderungen und Gewaltdrohungen der Sozialdemokratie?

Scheidemanns neue „Kampf"-Rede

w. Görlitz, 22. September.

Der Reichstagsabgeordnete Scheidemann sprach gestern in einer öffentlichen Versammlung in der Stadthalle zu Görlitz über die politische Lage. Er sagte u. a.:

Es ist eine Schmach und Schande, daß man Tausende schwarzer Analphabeten im Lande hält, für die wir Milliarden Unterhaltungskosten bezahlen müssen, statt damit die Reparationen abtragen zu können. (Sehr richtig!) Bei uns gibt es Irrsinnige, die sich für deutschnational halten und die unverhohlene Freude an der Besetzung haben. Nach ihrer Meinung muß das Volk zum Nationalgefühl erzogen werden. Dabei könnte eine Besetzung weiteren Gebietes nur nützlich sein. (Hört! Hört!) Es ist notwendig, daß sich das ganze Volk auf den Boden der Verfassung stellt. Was die kommunistischen Putsche dem deutschen Volke geschadet haben, kann kaum wiedergutgemacht werden. Es steht fest, daß eine kommunistische Bewegung für die Republik nicht mehr in Betracht kommt. Der Feind steht rechts. Der Reichskanzler hat nach der Ermordung Erzbergers ein Gesetz zum Schutze gegen persönliche Verleumdungen und Ehrabschneidereien in Aussicht gestellt. Wir müssen die Republik mit allen Mitteln, die uns dazu geeignet erscheinen, schützen. Die Richter müssen sich loyal auf den Boden der Verfassung stellen oder ihren Abschied nehmen. Die Republik darf die republikanische Reichswehr nicht dauernd monarchistischen Offizieren, Freunden der Herren Kapp und Ludendorff, unterstellen. An die Spitze alles dessen, was zur Sicherung der Republik geschehen muß, ist die Forderung zu stellen, daß die sozialistische und demokratische Arbeiterschaft sich zur geschlossenen Front gegen die Reaktion zusammenschließt. Immer wieder muß betont werden, daß es bei einer Koalitionsregierung sich nicht um eine Gesinnungs-, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. (Lebh. Beifall.) Ob die Deutsche Volkspartei für eine neue Koalition in Frage kommt, muß durch ihre Stellung zu den Mindestforderungen erwiesen werden. Wir müssen wegen des Versailler Diktates phantastische Summen aufbringen. Keineswegs dürfen wir dem arbeitenden Volke, den Beamten aller Grade, kleinen Rentnern usw. weitere Steuerlasten aufbürden, wenn nicht zuvor dazu gegriffen wird, wo noch wirkliche Werte unangetastet liegen. Verbrecherische Spekulation deutscher Profitjäger haben das Sinken des Markkurses verschuldet. Diesen muß gründlich das Handwerk gelegt werden. Wenn das Reich seine Verpflichtungen aus dem Ultimatum erfüllen soll, wird es sich ausländische Zahlungsmittel verschaffen müssen. Vertreter der Industrie und Banken erklärten sich aus eigener Initiative bereit, fremde Devisen zu beschaffen. Man soll diese Pläne nicht von vornherein abweisen, aber sie doch mit größerer Vorsicht behandeln. Das Reich muß den Notleidenden Anteil an den Erträgnissen der Privatwirtschaft geben und eine Existenz sichern. Zum hundertsten Male muß man die reaktionären Politiker fragen, wie sie das durch ihre Politik ins Unglück geführte Volk wieder freimachen wollen, wenn nicht durch den ernsthaftesten Versuch der Erfüllung des Friedensvertrages bis zu seiner Revision. Sonst gibt es nur ein Mittel, den Krieg gegen die Entente. Für uns heißt es, auf alle Fälle befreit sein für die große Abrechnung mit der Reaktion unter der Parole: Für die Republik, gegen die Reaktion! Für Demokratie und Sozialismus, gegen die Ausplünderer des Volkes! Für Recht und gegen den Meuchelmord.

Gegen den „Rechtsbolschewismus"

Das in Würzburg erscheinende Organ der christlich-sozialen Partei Bayerns „Das neue Volk" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Der Rechtsbolschewismus — eine Warnung" einen Artikel, in dem es sich in scharfer Weise gegen das Treiben der Rechtsradikalen in Bayern wendet. Zusammenfassend charakterisiert es hierin die Zustände folgendermaßen:

Eine bezahlte Presse im Süden Bayerns leistet systematisch Verhetzungsarbeit. Aus ganz Preußen zogen alle Reaktionäre und Umstürzler nach München, ein Ehlander und Ludendorff arbeiteten im Stillen und offen, Leute, die sich schämen sollten, heute vor das Volk zu treten, nachdem ihre Politik unser Volk zerschlagen und ins Elend gestoßen hat. Die Ermordung Gareis war der kleine Auftakt. Den Mörder fand die Poehnersche Polizei nicht. Erst der Mord an Erzberger bringt Licht in das Dunkel und legt Fäden offen, die Ungeheures verstricken wollten. Die Mörder sind frühere Offiziere, Angehörige der Brigade Ehrhardt, die Müller-Franken „Die Schande Deutschlands" nannte, deren Befehlshaber in München sich wohlbefindet. Die Mörder waren vorher bei Dr. Heim Volontäre, sind Anhänger der Richtung, die nicht genug auftrumpfen kann, und hinter der ganzen Geschichte barg sich der Plan einer kleinen Clique, in München und im Lande eine kleine Revolution zu machen und Rupprecht zum König auszurufen.

(Anmerkung der Redaktion: Bei der Bewertung dieses Artikels des von Vitus Heller redigierten „Neuen Volkes" muß man bedenken, daß das Blatt das Sprachrohr Erzbergers gewesen ist, auf dessen Betreiben es auch seinerzeit gegründet wurde, um die unter Graf Bothmer und Mayer Roy vereinigten Bayerischen Monarchisten zu bekämpfen. Man darf hinter dem Artikel wohl keine anderen als die bereits bekannten Tatsachen vermuten, und darum wird er von der „Saale-Ztg." veröffentlicht.)

Gegen die Knebelungsverordnung,

die auch die völkische Bewegung sehr stark betroffen hat, ist, wie die „Deutsche Tageszeitung" schreibt, von dem Gautag des Gaues Ostpreußen folgende Entschließung angenommen worden:

Der Gautag des Gaues Ostpreußen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Königsberg-Pr., der von Vertretern der Ortsgruppen beschickt worden ist, erblickt in den neuerlichen Maßnahmen der Reichsregierung zur Unterdrückung der Deutschvölkischen Bewegung einen Ausfluß des schlechten Gewissens der herrschenden Gewalten gegenüber dem vaterländischen Gedanken und dem völkischen Willen.

Die zum Gautage versammelten Vertreter erklären vor aller Oeffentlichkeit, daß sie trotz der angedrohten Gewaltmaßnahmen der Regierung ihre Pflicht für die sittliche und völkische Erneuerung unseres Volkes und Vaterlandes zu wirken nach wie vor erfüllen werden mit allen Mitteln, die ihnen ihre Gesinnung und ihre Gewissenspflicht vorschreiben. Die sittliche Kraft der deutschvölkischen Bewegung läßt sich nicht durch polizeiliche Maßregeln totschlagen, da die Wedung des Willens zu einem Leben in deutscher Freiheit und nach den Lebensgesetzen unserer deutschen Eigenart der einzige Weg zur Rettung unseres Volkstums ist.

Halle und Umgebung

Halle, 23. September.

Hallischer Lehrerverein

Am 18. September beriet der Verein die Anträge für die Vertreter-Versammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen und wählte die Vertreter. Am 20. September sprach Herr Studienrat Haas auf Grund eingehender Kenntnis über die Hamburger Gemeinschaftsschulen, über die eine Menge von widersprechenden Aeußerungen in die Presse gelangt sind. Von den 4 Gemeinschaftsschulen, die in Hamburg bestehen, schilderte er vor allem 2. Es gilt, diese neuen Versuche ohne jedes Vorurteil zu betrachten. In den Gemeinschaftsschulen, die übrigens nicht mit der im Reichsschulgesetzentwurfe vorgesehenen „Gemeinschaftsschule" verwechselt werden dürfen, wird der Versuch gemacht, eine möglichst enge Verbindung zwischen Lehrern, Eltern und Kindern zu schaffen. Anfänge solcher Bestrebungen liegen schon Jahre zurück. Die Gemeinschaftsschule hat einen Wahllehrkörper; auch Eltern können in manchen Fällen unterrichten, und die Kinder haben einen Einfluß auf das Schulleben. Der Gedanke der Gemeinschaft wirkt günstig auf das oft bunt zusammengewürfelte Schülermaterial, wenn sich im Anfang auch manchmal recht chaotische Verhältnisse ergaben. Die Klassen sind durch Gruppen oder Gemeinschaften ersetzt, in denen Knaben und Mädchen sitzen. Der Unterricht gliedert sich in verbindlichen Gemeinschaftsunterricht und in wahlfreien Kursunterricht. Der Gemeinschaftsunterricht gilt den lebensnotwendigen Fächern, der Kursunterricht hat alle hervortretenden Bedürfnisse zu berücksichtigen. Technische Kurse (Turnen, Schwimmen, Volkstänze) treten hervor. Der Religionsunterricht ist ausgeschieden, da die Schulen weltliche Schulen sind. Wöchentlich tagt einmal eine Schulgemeinde, die von den Schülern selbst geleitet wird. Die Schule ist ganz aufgebaut auf den Geist der Freiheit; der Lehrer tritt möglichst ganz zurück. Doch ist schließlich auch hier die Persönlichkeit des Führers entscheidend. An Stelle eines Gesamtplanes muß jeder Lehrer seinen Jahresplan vorlegen und halbjährlich über das Geleistete berichten. Hausarbeiten sind selten; es gibt kein Sitzenbleiben; an Stelle der Zeugnisse treten Charakteristiken, zu denen die Eltern Gegenberichte geben können. Kinder und Eltern fühlen sich mit ihrer Schule verbunden und zeigen Opferwilligkeit. Der Herr Vortragende betonte den Wert solcher Versuchsschulen und sieht in Hamburg Keime für eine Fortentwicklung der Schule. Er findet hier den Geist innerlicher Verbindlichkeit wirksam. An Stelle einer systematischen, enzyklopädischen, intellektuellen Wissensschule wollen die Hamburger Gemeinschaftsschulen Leben und Schaffen setzen; deshalb tritt der Unterrichtsstoff zurück. Beherrschend ist der Gedanke der Gemeinschaft, gegen den die Individualität zurücktritt. Vor allem tritt der Idealismus der Lehrer hervor, die dem neuen Wege ihre ganze Zeit und Kraft opfern, und für wirkliche Kritik dankbar sind. Ein abschließendes Urteil zu fällen, ist schwer, zumal die jetzigen Schüler den notwendigen Unterbau nicht durchlaufen haben. Eine allgemeine Durchführung solcher Pläne erfordert noch größere Anstrengung als die Anfänge. Herr Studienrat Haas empfing von den Schulen einen günstigen Gesamteindruck; er wünscht ähnliche Versuchsschulen, in denen aber auch die Religion ihren Platz finden möge.

Im Anschluß an die rege Besprechung forderte Herr Wessel die jungen Kollegen zur Arbeit in der pädagogischen Arbeitsgemeinschaft des Hallischen Lehrer-Vereins auf und wünschte die Bereitstellung von Mitteln zum Besuche solcher Schulen. Herr Stadtschulrat Dr. Truschel erkannte den Wert solcher Versuchsschulen an und verwies auf einen kleinen Etatsposten für Reisen. Die Beschäftigung mit den Reformbestrebungen wird notwendig, da durch Einführung des Gesamtunterrichtes in der Grundschule jede Klasse eine Versuchsklasse wird.

Schöffengericht

Eine Gemütsroheit.

hatte dem 1899 geborenen Eisenbahnarbeiter Paul Fritzsche einen Strafbefehl über 2 Wochen Gefängnis eingebracht. Nachdem er dagegen Einspruch erhoben hatte, kam die Sache nun vor dem Schöffengericht zur Verhandlung, die folgendes ergab: Der Angeklagte war auf einem Maskenballe in dem Ortsteil eines evangelischen Geistlichen mit Barett und weißer Schleife erschienen, hatte mehrfach das Zeichen des Kreuzes gemacht, auch waren andere Masken vor ihm niedergekniet, um den Segen zu empfangen. Dieses sinnlose Betragen hatte selbst auf den Maskenballe Anstoß erregt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis und billigte ihm eine Bewährungsfrist von drei Jahren zu, da er aus Unbedachtsamkeit gehandelt habe. (Nach § 166 kann Gefängnis bis zu 3 Jahren verhängt werden.)

Verbotenes Glücksspiel.

Der Schankwirt Eugen Fromm, Robert Franzstraße 1 b, hatte gegen einen Strafbefehl über 500 Mark Einspruch erhoben, weil er die Strafe zu hoch fand. Wie er angab, hatten einige regelmäßige Gäste zu Pfingsten ein großes Preiswürfeln in seinem Lokale veranstaltet, bei dem 6 Preise ausgesetzt worden waren: 1 Ziegenbock, 1 Paar Tauben, 1 Huhn und 3 Geldpreise. Das im Lokal ausgehängte Plakat, das auf das Preiswürfeln aufmerksam gemacht hatte, sollte der eigentliche Veranstalter, ein Gast, selbst geschrieben haben. Abends 11 Uhr kam ein Wachtmeister ins Lokal und beschlagnahmte alles. Der Angeklagte bestritt nicht, daß bei ihm gespielt worden war und er darum gewußt habe; er schob sonst aber alles auf die veranstaltenden Gäste und meinte, daß die Strafe von 500 Mark für sein Vergehen zu hoch sei. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe und Einziehung der beschlagnahmten Sachen (Würfelbecher usw.).

— **Millionenspende für deutsche Kinderspeisungen.** Ueber die neue großartige Hilfsaktion des Central-Relief-Committee wird dem Deutschen Roten Kreuz gekabelt: Obgleich die offizielle Eröffnung der Dreimillion-Dollar-Kampagne für deutsche Kinderspeisungen erst auf den 6. Oktober festgesetzt ist, hat die Stadt St. Louis bereits 10 000 Dollar durch ein Konzert aufgebracht und die Stadt Utica 550 Dollar durch einen deutschen Blumentag. Newhaven bereitet einen Basar vor, um 30 000 Dollar aufzubringen, und das New-Yorker Komitee trifft Vorbereitungen um 750 000 Dollar aufzubringen. Vertreter des Central-Relief-Committee sind augenblicklich in Washington, um den Präsidenten Harding und andere hohe Regierungsbeamte für die großzügige Aktion zu interessieren.

— **Personalnachrichten:** Berufen und bestätigt wurden: der bisherige II. Domprediger Professor D. Lang als I. Domprediger an der reformierten Schloß- und Domkirche in Dalle a. S., Städtische Halle, reformiert, der III. Prediger dieser Kirche Lic. Eberhard Baumann als II. Prediger. Gleichzeitig wurde Herr Prof. D. Lang zum Superintendenten der reformierten Diözese Halle ernannt. — Ernannt wurden ferner: Rechnungsrevisor Kosir in Naumburg a. S. zum Bezirksrevisor beim Landgerichte in Halle a. S. Aktuar Brathuhn in Halle a. S. zum Justizobersekretär beim Amtsgericht in Wettin. — Versetzt wurde: Justizobersekretär Korisch in Halle a. S. an die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht in Naumburg a. S.

— **Der Jugendbund der Methodisten-Gemeinde** feiert im Aktusgebäude des Pädagogiums der Franckeschen Stiftungen sein Jahresfest am Sonntag, den 25. September. Vormittags ½10 Uhr Festpredigt; nachmittags 3 Uhr Festfeier. Chorlieder mit Deklam-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109231-15/fragment/page=0003

mationen und Ansprachen. Abends 8 Uhr Vortrag: „Wie finde ich Frieden". Von Montag, den 26., bis Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr werden daselbst Vorträge gehalten. Thema: „Frieden". Die Gesangbereine werden mitwirken. Eintritt frei.

— **Der Jägertag 1924**, der zum 24. und 25. d. Mts. nach Goslar einberufen war, findet, wie wir bereits mitteilten, nicht statt.

Familien-Nachrichten

Todesfälle: Gastwirt Friedrich Hewald (67 Jahre). — Schuhmeister Carl Schmidt (66 Jahre). — Karl Starke. — Karoline Keck geb. Golz (72 Jahre). — Emma Barth geb. Weber. — Annelore Heyroth (7 Monate).

Aus Mitteldeutschland

tk. **Mühlhausen**, 20. September. (In der Unstrut ertrunken) ist der 21jährige Transportarbeiter Otto Küchler. Er wollte in dem an die Unstrut grenzenden Garten seiner Eltern Gras hauen, bekam dabei einen Krämpfeanfall, stürzte ins Wasser und ertrank, ehe Hilfe gebracht werden konnte. — In der Nacht zum Sonnabend ist von den Brandstiftern, die die Umgegend unsicher machten, unsere Stadt heimgesucht worden. Kurz vor 12 Uhr brach, wie der „Mühlhäuser Anzeiger" meldet, auf dem Landwirt Heinrich Hendrich gehörenden Gehöft Feuer aus. Bald stand die Scheune in hellen Flammen. Von den reichen Vorräten der Scheune, in die der Besitzer seine ganze Weizen-, Gersten- und Haferernte, wie auch einen Teil des Roggens gebergen hatte, war nichts zu retten. Bedauerlich ist, daß neben dem Schaden, den der Besitzer erleidet, und der durch Versicherung nur zum geringen Teil gedeckt ist, der Volksernährung wieder solcher Verlust entstanden ist. Hoffentlich gelingt es endlich, den unsauberen Elementen das Handwerk zu legen.

— **Weimar** 22. September. (Mit der Herbsttagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft) (11. bis 15. Oktober) werden Versammlungen des Verbandes der deutschen Landwirtschaftsmaschinenindustrie und des landwirtschaftlichen Maschinenhandels verbunden sein. Man erwartet ungefähr 1800 Teilnehmer.

tk. **Roda** (S.-A.), 21. September. (Unglücksfall.) Wie vorsichtig man mit Schußwaffen umgehen muß, zeigt wieder ein Unglücksfall, der sich im benachbarten Geisenhain ereignete. Als Frau Ranft aus Roda mit ihren drei Kindern (zwei davon im Kinderwagen) an den ersten Häusern vorbeiging, krachte plötzlich ein Schuß, eine Fensterscheibe flog in Scherben und ihr 7jähriges Töchterchen schrie getroffen auf. Wie die „Rodaer Zeitung" schreibt, erhielt das Kind fast die volle Ladung: 82 Schrotkugeln trafen seinen zarten Körper. Eine ging nur ½ Millimeter an dem einen, eine andere nur 4 Millimeter an dem anderen Auge vorbei. Zwei Schüsse sitzen im Unterleib. Der Schuß fiel aus dem Hause des Gutsbesitzers L. Dieser war von der Jagd gekommen und hatte sein Jagdgewehr geladen aufgehängt. Sein 15jähriger Sohn aber hatte die Waffe ergriffen und unvorsichtigerweise gegen das Fenster gehalten.

tk. **Schleiz**, 21. September. (Das Postauto als Hochzeitskutsche.) Mit dem Postauto zur kirchlichen Trauung fuhr hier ein Brautpaar mit der ganzen Hochzeitsgesellschaft. Das für solche Zwecke im allgemeinen nicht übliche Gefährt, das schön mit Fichtengrün geschmückt war, erregte die Aufmerksamkeit vieler.

tk. **Meuselwitz**, 21. September. (Musikerstreik.) Seit Sonnabend befinden sich die Musiker von Meuselwitz und Umgegend im Streik. Sie hatten, wie der „Bote von der Schnauder" schreibt, an die Saalbesitzer Forderungen nach fester Bezahlung bei öffentlichen Tanzmusiken gestellt. Ueber diese Forderungen konnte trotz mehrfacher Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden, worauf die Musiker in den Ausstand traten. Die öffentlichen Bälle und Vergnügungen fielen deshalb aus. Nur in einigen Orten der Umgebung, wo die Saalbesitzer die Forderungen der Musiker anerkannt haben, wurde getanzt.

H.Z. Sportberichte

Rennen zu Berlin-Karlshorst

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. **Goldlack-Jagdrennen.** 1. Coriolan II (Stys), 2. Herzog II, 3. Schlla. Tot.: 42, Pl.: 16, 45, 14. Ferner liefen: Duhr-Spitze, Duse, Fachinger, Mirakel, Orianne, Teterichen. — 2. **Glückkind-Jagdrennen.** 1. Cibilist (Frhr. v. Berchem), 2. Drkus, 3. Natte. Tot.: 25, Pl.: 11, 14, 13. Ferner liefen: Feuerkönig, Innsbruck, Perfeus, San Martino, Saskia. — 3. **Hera-Hürden-Ausgleich.** 1. Convention (Kukuties), 2. Meierin, 3. Drachme. Tot.: 41, Pl.: 16, 16, 17. Ferner liefen: Cassian, Flandern, Fontafée, Maral. — 4. **Schmidt-Pauli-Jagdrennen.** 1. Fustanella (v. Pelzer), 2. Feierabend, 3. Voigt. Tot.: 14, Pl.: 11, 13. Ferner liefen: Cerberus, Gerhild, Waldfrieden. — 5. **6500. Rennen (Wallfahrts-Preis).** 1. Sinn Fein (H. Scholz), 2. Lanze, 3. Herzog. Tot.: 49, Pl.: 18, 25, 45. Ferner liefen: Almanach, Anarchist II, Colberg, Crestalta, Snob, Trompeter II. — 6. **Markt-Hürdenrennen.** 1. Rotgold (Ulbrich), 2. Moldau, 3. Capitalist. Tot.: 140, Pl.: 24, 23, 17. Ferner liefen: Alexis, Belladonna, Malachit, Marietta, Purzelbaum, Seehausen, Taktfest, Wehrmann II. — 7. **Preis von Bollensdorf.** 1. Alandar (Olejnik), 2. Ajutant, 3. Ferne. Tot.: 23, Pl.: 16, 35, 22. Ferner liefen: Carlo, Glückkind, Pascha, Reinfall, Saloppe, Scala, Walhall, Well.

— **Erfolgreiche Hallesche Turner.** Von den am 18. und 19. September in Hannover stattgefundenen deutschen Meisterschaftskämpfen konnten auch alle entsandten Halleschen Turner siegbekränzt heimkehren. Im Zwölfkampf errangen bei schärfster Konkurrenz — über 600 Turner aus allen Gauen Deutschlands waren zu diesem Kampfe angetreten — Willy Kummer, Hallescher Turn- und Sportverein, mit 183 Punkten den 20., Schubert, T. V. Nietleben, mit 178 Punkten den 34., Otto Merkert, Hallescher Turn- und Sportverein, mit 175 Punkten den 37., Hugo Schneider, Hallescher Turn- und Sportverein, mit 164 Punkten den 48. und Alfred Köhler, Giebichensteiner T. V., mit 162 Punkten den 50. Sieg. Erster wurde mit 240 Punkten Kobs vom T. V. Vorwärts Breslau, Gebhardt, Frankfurt a. M., zweiter mit 228 und Grosser, Würzburg, mit 218 Punkten dritter Sieger.

— **Spiel des V. f. L. Halle 96 am kommenden Sonntag.** Liga—Westfenfels Liga 4 Uhr in Weißenfels, Abfahrt D-Zug 12.57. Reserve—V. F. B. Salzungen I in Salzungen, Abfahrt Sonnabend abend, D-Zug 11.17. V—V. F. L. Merseburg V 10 Uhr in Merseburg. I. Sonderm.—V. F. L. Delau 4 Uhr in Delau, Treffpunkt 2.30 Uhr Hettstedter Bahnhof. VI—Wacker VI 2.30 Uhr Wackerplatz. I. Jgd.—Bor. I. Jgd. 9.45 Uhr Vor.-Platz. II. Jgd.—Bor. II. Jgd. 11.15 Uhr Vor.-Platz. III. Jgd.—Bor. III. Jgd. 8.15 Uhr Vor.-Platz. IV b Jgd.—Wacker IV. Jgd. 9 Uhr Wackerplatz. V a—96 V a Jgd. 8.30 Uhr. V b—Wacker V. Jgd. 10.30 Uhr Wackerplatz.

— **Hockey.** Am Sonnabend, den 24. September, 3½ Uhr nachmittags findet auf dem Hser-Sportplatz an der Hüttenstraße (Eingang Landshuter, Merseburger Straße) ein Ausscheidungsspiel zu einem demnächst stattgehenden Städtekampf Halle—Merseburg gegen Magdeburg statt. Da die einzelnen dem hiesigen Kreis angehörenden Vereine über sehr gute Einzelkräfte verfügen, so darf ein interessanter Kampf zu erwarten sein.

— **Sportverein 98. Boxen-Abteilung.** Am Sonntag, vormittags 10 Uhr, spielt die 1. Elf gegen die 2. des H. H. C. auf der Peißnitz. Treffpunkt 10 Uhr Weißeiste der Peißnitzbrücke.

Volkswirtschaftlicher Teil

Die Reichseinnahmen

Im ersten Drittel 1921/22 sind bei den direkten Steuern und Verkehrssteuern an fortdauernden Einnahmen aufgekommen 16 431 Mill., d. i. 7868 Mill. mehr als im Haushaltsvoranschlag, an einmaligen Steuern 2112 Mill., d. i. 1446 Mill. mehr als der anteilige Anschlag, insgesamt 9310 Mill. mehr als der Anschlag ohne Berücksichtigung der aus neuen Steuern in Ansatz gebrachten 4250 Mill. Unter denjenigen Einnahmen, die die Ansätze überschritten haben, sind besonders zu nennen die Kapitalertragsteuer mit 603 Mill. Einnahme gegen 467 Mill. nach dem Anschlag, das Reichsnotopfer mit 5209 gegen 3333 Millionen (7800 Mill. aus dem Reichsnotopfer sind im außerordentlichen Haushalt der Reichsschuld in Einnahme gestellt), Umsatzsteuer mit 3513 gegen 1800 Mill., Börsenumsatzsteuer mit 609 gegen 350 Mill., Lotteriesteuer mit 62 gegen 33 Mill., Güterverkehrsabgabe mit 203 gegen 167 Mill., Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs 1923 gegen 667 Mill. des Anschlags.

Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern haben den anteiligen Voranschlag gleichfalls überschritten. Das Mehr beträgt bei 4003 Mill. Einnahmen rund 472 Mill. Zu dem Mehr haben insbesondere beigetragen: Zölle und Aufgeld 1200 Mill., anteiliger Anschlag 833 Mill., Tabaksteuer 975 gegen 600 Mill., Branntweinsteuer 90 gegen 55 Mill., Weinsteuer 207 gegen 160 Mill. Dagegen sind hinter dem anteiligen Voranschlag zurückgeblieben die Kohlensteuer mit etwa 200 Mill., Branntweinsteuer mit rund 140 Mill., Zuckersteuer mit 11 Millionen. Aus den Ausfuhrabgaben sind aufgekommen 283 gegen 275 Mill. des anteiligen Voranschlages.

Die Gesamteinnahme aus direkten und indirekten Steuern, Zöllen und Ausfuhrabgaben hat betragen rund 22 880 Mill. gegen 14 455 Mill. des anteiligen Voranschlages, so daß dieser um rund 8375 Mill., und wenn man den oben erwähnten Ansatz für neue Steuern berücksichtigt, um 4125 Mill. überschritten ist. Die Einnahmen der Reichspost haben mit 2082 Mill. ziemlich genau den Voranschlag erreicht, die Einnahmen der Reichsbahn sind mit 8050 Mill. um rund 1150 Millionen zurückgeblieben. Im Endergebnis stellen sich die Reichseinnahmen bei einem Gesamtaufkommen von rund 32 960 Mill. um etwa 7290 Mill. höher als nach dem Voranschlage einschließlich des Ansatzes von 4250 Mill. aus neuen Steuern auf den Vergleichszeitraum entfallen würden.

Aktiengesellschaften

Die Aluminium-Industrie A.-G. Neuhausen hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 3253 To. Aluminium hauptsächlich nach Deutschland exportiert, d. h. nur 100 To. weniger als in der gleichen Zeit des Jahres 1913. Diese Tatsache ist als ein Zeichen dafür anzusehen, daß die Aluminiumpreise in Deutschland das Weltmarktniveau erreicht haben.

Metallwerke vorm. J. Aders A.-G. in Neustadt-Magdeburg. Einer ao. G.-V. soll die Erhöhung des Kapitals um 10,7 Mill. M. auf 12 Mill. M. vorgeschlagen werden. Die starke Erhöhung wird mit der Notwendigkeit der Verstärkung der Betriebsmittel begründet. Im Vorjahre hatte die Gesellschaft eine Dividende von 20 Prozent verteilt und es besteht nach Ansicht der Verwaltung die begründete Aussicht, daß für das laufende Geschäftsjahr eine nicht geringere Dividende zur Verteilung kommen dürfte.

Wollindustrie A.-G. in Chemnitz. Die Hauptversammlung setzte aus 752 480 M. Reingewinn die Dividende für das erste Geschäftsjahr auf 25 Proz. fest. Ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 4 auf 6 Mill. M. beschlossen. Die jungen Aktien werden den bisherigen Aktionären zum Kurse von 100 Proz. im Verhältnis 1 : 2 angeboten. Die Verwaltung begründete die Kapitalerhöhung mit der Uebernahme der Aktienmehrheit der sächsischen Kammgarnspinnerei zu Hartau und der Kammgarnspinnerei Schäfer u. Co. in Hartau bei Chemnitz. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Geh. Kommerzienrat v. Arnold in Greiz, Baron Liebig in Reichenberg (Böhmen) und Direktor Dahlem von der Kammgarnspinnerei Schäfer u. Co., Hartau.

Alexanderwerk A. von der Nahmer A.-G. in Remscheid. Die Hauptversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 9 Mill. M. auf 27 Mill. M., darunter 1 Mill. M. Lyrog. Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht. Die neuen Aktien, die sämtlich vom 1. Juli 1921 ab dividendenberechtigt sind, übernimmt ein Konsortium unter Führung des Schaaffhausenschen Bankvereins in Köln zu 123½ Prozent für die Stammaktien mit der Bestimmung, 6 Mill. M. den alten Aktionären im Verhältnis von 3 : 1 zum Kurse von 130 Prozent anzubieten. Von den restlichen 2 Mill. M soll gegebenenfalls ein Teilbetrag zur Uebernahme eines Werkes, das die Fabrikation des Alexanderwerkes ergänzt, Verwendung finden. Für das ablaufende Geschäftsjahr kann, nach Mitteilung der Verwaltung, auf das erhöhte Aktienkapital ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden. Auch die Aussichten werden als nicht unbefriedigend bezeichnet (i. V. 12 Prozent Dividende).

Kali-Gewerkschaften Hohenfels, Hugo und Bergmannssegen in Lehrte. Die zur Dr.-Wilhelm-Sauer-Gruppe gehörigen Werke nehmen die eingeplante Anäbeure-Bekanung wieder auf, derart, daß an die am 15. Oktober 1921 im Gewerkenbuch eingetragenen Gewerken von Hohenfels 750 M., von Hugo 2000 M., von Bergmannssegen 3000 M. je Kux verteilt wird. Der Grubenbetrieb war, wie der Grubenvorstand hinzufügt, auf allen Werken normal, die Aufschlüsse befriedigend. Wegen des ausgedehnten Absatzmangels mußte die Belegschaftszahl vermindert und zeitweilig auch Feierschichten eingelegt werden. — Auf der Tagesordnung der Gewerkenversammlung der Gewerkschaft Hohenfels bei Algermissen steht Aufnahme einer hypothekarischen Anleihe oder von Bankkrediten oder anderen Darlehen bis zu 10 Mill. M. Die der Gewerkschaft Hugo nahestehende Gewerkschaft Erichssegen in Lehrte beantragt gleichzeitig Bewilligung der Anleihe-Ermächtigung von 3 Mill. M. auf 5 Mill. M. und Aufnahme von Bankkrediten oder anderen Darlehen.

Industrie, Handel, Handwerk

Preiserhöhungen für Eisen und Eisenfabrikate. Nach Mitteilung des Eisenhandelsverbandes in Düsseldorf haben die vier ihr angeschlossenen Vereinigungen die Verkaufspreise für Fineble um 40 M. und für die übrigen Handelsfabrikate um 20 M. pro Doppel-Zentner erhöht, so daß die Grundpreise für Stabeisen und Universaleisen 310, für Grobbleche 300—315 und für Feinbleche 390—700 M. betragen. — Seitens der Vereinigung der Draht- und Drahtstift-Großhändler Deutschlands e. V. Berlin sind mit sofortiger Wirkung die Preise für sämtliche Drahtmaterialien um netto 100 M. erhöht worden. — Der Axt- und Beilverband in Hagen i. W. hat sich infolge der gesteigenen Selbstgestehungen gesehen, seine Verkaufspreise zu erhöhen. — Die Hufstollen-Verkaufsstelle in Hagen hat mit sofortiger Wirkung den Aufschlag auf die Eisenpreise von 475 Proz. auf vorläufig 625 Prozent und für Zubehörteile auf 450 Prozent erhöht.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 22. September. Matte amerikanische Getreidepreise und Neigung zur Abschwächung der Devisen veranlaßten am Produktenmarkte die Käufer zur Zurückhaltung. Die Haltung erwies sich aber als verhältnismäßig fest, da nur geringes Angebot vorlag und die Provinz an ihren hohen Preisforderungen festhält. Für Weizen und Roggen zeigte sich Nachfrage für die zweite Hälfte des Oktober. Mais und Roggen waren zum Austausch von der Provinz Sachsen gesucht. In Schlesien zahlt man für Roggen höhere Preise. Wintergerste war knapp und behauptete einen hohen Preisstand. Auch gute Sommergerste war begehrt. In Hafer überwog die Nachfrage jedoch wesentlich das sehr geringe Angebot. Käufer sind besonders Haferflockenfabriken. Mais schwächte sich im Verkaufe bei zunehmendem Angebot ab. Mehl behauptete seinen Preisstand. Kleie war eher fester. Raps blieb behauptet, während Leinsaat von Argentinien billiger angeboten wird. Speisehülsenfrüchte wurden zu festen Preisen begehrt. Futterartikel waren ruhig.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 22. September.

Amtliche Notierungen **für 1 Doppelzentner ab Station**

Weizen, meckl. 448—452, märk. 450—454, fester.
Roggen, märk. 352—356, fest.
Wintergerste 410—418, Sommergerste 470—510, fest.
Hafer, märk. 358—366, fester.
Mais, la Plata prompt ab Hamburg 330—334, ohne Prov. Okt./Jan. 326—328, fester.
Weizenmehl 610—670, Roggenmehl 415—475, unverändert.
Weizenkleie 250—255, Roggenkleie 250—260.
Raps 690—710. Rübsen 5 Mark unter Raps.

Victoriaerbsen	570—610	Lupinen, blaue	170—190
Kleine Speiseerbsen	490—490	Lupinen, gelbe	190—220
Futtererbsen	350—370	Rapskuchen	265—276
Peluschken	340—360		
Wicken	350—380	Leinkuchen	315—330
Ackerbohnen	—	Seradella	250—270

Trockenschnitzel prompt 245—260, Okt./Dez. 240—250.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 18—20.
Haferstroh drahtgepreßt 24—27, Stroh seilgebündelt 16—17.
Langstroh seilgebündelt 18—20.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 66—72, gesund und trocken, 52—58, Kleeheu 51—55, alles ab Stationen.

Devisen-Notierungen

Berlin, 22. Sept.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	3434,05	3440,95	Paris	766,70	768,30
Brüss.-Antwerp.	767,70	769,30	Schweiz	—,—	—,—
Christiania	1373,60	1376,40	Spanien	—,—	—,—
Kopenhagen	1920,55	1924,45	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	2375,10	2379,90	Oesterr. abgest.	9,58	9,57
Helsingfors	171,80	172,20	Prag	126,35	126,65
Italien	448,55	449,45	Budapest	—,—	—,—
London	404,55	405,45	Poln. Mark	2,07½	—,—
New-York	108,64	108,86			

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 22. Sept. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	2675/2700	Zinn (Banca-Straits-Australb	6450/6530
Orig.-Hütten-Weichblei 970/990		Hüttenzinnmind. 99%	6250/6300
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	980/1000	Reinnickel (98-99%)	5670/
Remelted-Platten-Zink	800/820	Antimon (Regulus)	1000/1025
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	4200	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1970/1980
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtbarren)	4975	Elektrolytkupfer p. 100 kg	3065
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	—
		Preis des Zinkhüttenverbandes	1028

Verkehr

Neue Linien des Norddeutschen Lloyd. Das Unternehmen eröffnete seine Frachtdampferlinie mit eigenen Dampfern nach Südamerika. Als erster Frachtdampfer ging der 8400 To. fassende Dampfer „Westfalen" über Hamburg nach Rio de Janeiro und Buenos Aires ab. Als weiter Dampfer folgt am 18. Oktober der Lloyddampfer „Holstein". Am 3. November eröffnet der wieder in den Besitz des Norddeutschen Lloyd übergegangene frühere Reichspostdampfer „Seydlitz" die bereits angekündigte neue Passagierlinie von Bremen über spanische Häfen nach Rio de Janeiro und Buenos Aires. Der Dampfer „Seydlitz" befördert Passagiere erster, zweiter und dritter Klasse nach genannten südamerikanischen Häfen und nimmt außerdem Ladung nach Buenos Aires.

★ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 21. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßteine gestellt 5521 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 2309 Wagen zu 10 To.

★ **Elbeschiffahrt.** Am 21. September trafen die Kähne Nr. 432, 470, 485, 908 in Aken ein.

Waren- und Marktberichte

★ **Berliner Viehmarkt vom 21. September.** Auftrieb 1598 Rinder, 1536 Kälber, 4925 Schafe, 5826 Schweine, 361 Ziegen, 386 Schweine aus dem Memelgebiet, 1637 Bakonier. Preise: Ochsen 450—650 M., Bullen 450—625 M., Kühe 250—750 M., Kälber 500—1600 M., Schafe 200—575 M., Schweine 950—1450 Mark für 100 Pfund Lebendgewicht. Handel bei Rindern ziemlich glatt. Bei Kälbern lebhaft. Bei Schafen fette Ware gesucht, sonst langsam. Bei Schweinen ruhig.

★ **Berliner Fettmarkt vom 21. September. Butter:** Die Nachfrage kann als etwas besser bezeichnet werden, wenn sich dieselbe zumeist auch nur auf allerfeinste, reinschmeckende Qualitäten beschränkt. Zweite Sachen sind immer noch eher angeboten und die Umsätze hierin gering. Die heutigen Notierungen sind: Einstandspreise per Pfund inkl. Faß frei Berlin Ia. Qualität 27 M., IIa. Qualität 19—22 M., abfallende 15—18 M. — **Margarine:** Das Geschäft ist flott, trotz der neuerlichen erheblichen Preisheraufsetzung. — **Schmalz:** Die bei Beginn der Woche eingetretene Abschwächung der Preise war nur vorübergehend, da die Devisenkurse wieder eine stark steigende Richtung einschlugen, welche auch die Schmalzpreise beeinflußte. Auch die Chicagoer Börse meldete steigende Notierungen für Schmalz, jedoch waren die Packer noch für Untergebote zugängig. Die Konsumnachfrage ist lebhafter geworden und fanden größere Meinungskäufe statt. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 16 M., Pure Lard in Tierces und Firkins 16,50 Mark, Berliner Bratenschmalz 16,75 M. — **Speck:** Die Nachfrage bleibt gut. Gesalzener Rückenspeck notiert 15—16 Mark je nach Stärke.

★ **Vom Gewürzmarkt.** Die Nachfrage nach Gewürzen ist sehr lebhaft und die Preise haben erheblich angezogen. Ab Lager Hamburg notierten für 1 Pfund verzollt Pfeffer, schwarz 11 M., do. weiß 18 M., do. gemahlen schwarz 12,50 M., do. weiß 20 M. Vanille-Bourbon 220 M., do. Tahiti 175 M. Zanzibar-Nelken 27 M., gemahlen 30 M. Kardamom 27 M. Kümmel, deutscher 5 M., holländischer 5,50 M.

Die Steigerung unserer Großhandelspreise. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von 1426 im Durchschnitt des Monats Juli auf 1909 im Durchschnitt des Monats August gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt, und zwar stiegen: Getreide und Kartoffeln von 1096 auf 2083; Fleisch, Fisch und Fette von 1633 auf 1762; Kolonialwaren von 1447 auf 1731; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1245 auf 1949; ferner: Häute und Leder von 1729 auf 1791; Textilien von 1991 auf 2193; Metalle von 1581 auf 1673; Kohle und Eisen von 1740 auf 1774; Industriestoffe zusammen von 1763 auf 1884.

Hauptschriftleiter Helmut Bötcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bötcher; für politische Nachrichten: Ernst Meissenschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heilling für den lokalen Teil und Kommunalpolitik Erich Sellheim; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. V.: Rotber Heberer. — Für den Anzeigenteil Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109231-15/fragment/page=0004